

d'unité de matière, l'initiative contient de toute façon des propositions trop différentes par nature pour qu'il soit possible d'y répondre au moyen d'un acte législatif unique.

C'est donc plutôt un appel aux autorités fédérales qu'il faut y voir, les exhortant à se préoccuper encore davantage de ces volets ô combien délicats de l'action sociale.

Präsidentin: Herr Zisyadis hat den Ordnungsantrag, dieses Geschäft sei in Kategorie III zu behandeln, bereits am 2. Juni 1994 (5. Sitzung) begründet. Sie haben den Ordnungsantrag abgelehnt.

Antrag der Kommission

Mit 13 zu 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen beantragt die Kommission, der Initiative keine Folge zu geben.

Proposition de la commission

Par 13 voix sans opposition et avec 7 abstentions, la commission propose de ne pas donner suite à l'initiative.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

94.031

Militärische Bauten (Bauprogramm 1994)

Ouvrages militaires (Programme de constructions 1994)

Botschaft und Beschlussentwurf vom 23. März 1994 (BBl II 569)

Message et projet d'arrêté du 23 mars 1994 (FF II 549)

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Bürgi Jakob (C, SZ), Berichterstatter: In seiner Botschaft vom 23. März 1994 über militärische Bauten beantragt der Bundesrat Verpflichtungskredite von insgesamt 195,48 Millionen Franken. Nachdem die fünf Subkommissionen die wichtigsten Objekte besichtigt hatten, befasste sich die Sicherheitspolitische Kommission an ihrer Plenarsitzung vom 3. Mai 1994 eingehend mit dieser Botschaft, die Ihnen heute zur Beratung vorgelegt wird. Die Kommission beantragt Ihnen mit 18 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, diesem Kredit zuzustimmen. Finanzielle Rahmenbedingungen: In den letzten Jahren ist der Anteil der Bauten an den gesamten militärischen Investitionen stark zurückgegangen, nämlich von 469,9 Millionen Franken im Jahre 1989 auf 73 Millionen Franken im Jahre 1993. Diese massive Ausgabenverminderung bei den militärischen Bauten ist darauf zurückzuführen, dass beim EMD die Zahlungskredite mehrfach gekürzt wurden. In den letzten zwei Jahren haben die Berichterstatter der Sicherheitspolitischen Kommission darauf hingewiesen, dass diesem Trend dringend entgegen gewirkt werden muss, weil dadurch die Ausbildungsqualität unserer Armee ernsthaft gefährdet wird.

Der nun vorliegende Verpflichtungskredit markiert eine Trendwende. Wichtig aber ist, dass dieser Kurs in den kommenden Jahren eingehalten wird, so dass die «Armee 95» mit den für ihren Auftrag notwendigen Infrastrukturen versehen werden kann, denn die neuen Waffensysteme erfordern Werkstätten und Ausbildungsinfrastrukturen, die den erhöhten technischen Anforderungen angepasst sind. Auch eine verkleinerte Armee wird weiterhin einen Bedarf an Bauten haben, die einfach im Unterhalt und im Betrieb sind. Dabei sollen beste-

hende Anlagen rationell genutzt und Umweltschutz- und Raumplanungsaspekte berücksichtigt werden.

Wichtig ist auch, dass freigewordene Räume verwendet werden, indem Möglichkeiten geprüft werden, diese zu geringeren Kosten den neuen Bedürfnissen anzupassen. So könnte in Rümlang die stillgelegte, modern eingerichtete Fabrikationsanlage der Oerlikon-Bührle AG zu einem sehr günstigen Preis erworben werden. Die Liegenschaft bietet gute Möglichkeiten, die Bedürfnisse des Flughafenbataillons 42 abzudecken. In bezug auf die Flugplätze liegt das Areal standortmässig optimal.

Die Kommission begrüsst, dass in Sarnen die revisionsbedürftige Öffeuerung durch eine Holzschnitzelheizung ersetzt wird. Andererseits bemängelt sie, dass der gute schweizerische Baustoff Holz bei den militärischen Bauten zu wenig eingesetzt wird.

Bauten für das Kampfflugzeug F/A-18: Für diese Bauten wird ein Verpflichtungskredit von insgesamt 62,35 Millionen Franken benötigt, wobei der grösste Teil auf den Militärflugplatz Payerne entfällt. Diese Bauvorhaben gehören zu den Investitionen im Umfang von 250 Millionen Franken, welche in der Botschaft zur Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen F/A-18 genannt wurden. Diese erste Etappe hat Priorität, weil die erste F/A-18-Staffel im Frühjahr 1997 auf dem Flugplatz Payerne stationiert wird. Weitere Kreditanträge werden im Rahmen der Bauprogramme 1995 und 1996 folgen. Mit dem beantragten Kredit sollen verschiedene Bauvorhaben finanziert werden. Drei davon möchte ich speziell erwähnen:

1. Der Ausbau der Halle 5 für die Ausbildung der Fliegertruppen am Kampfflugzeug F/A-18 für 6,85 Millionen Franken: Dieses Gebäude soll zu einem eigentlichen Ausbildungszentrum mit modernen Unterhaltssimulatoren, Theoriesälen und Räumlichkeiten für die gruppenweise Ausbildung an einzelnen Flugzeugkomponenten umgebaut werden.

2. Der Bau von acht Einstellzellen für Kampfflugzeuge F/A-18 für 19,8 Millionen Franken: Diese Einstellzellen ermöglichen es, die Flugzeuge wettergeschützt bereitzustellen, wodurch Störungsanfälligkeiten reduziert werden können. Die bereits bestehenden Zellen werden weiterhin für die Bereitstellung der Kampfflugzeuge Tiger benutzt.

3. Der Bau eines Simulatorgebäudes zum F/A-18 für 22,7 Millionen Franken: Diese hochtechnische Anlage erfordert ein eigenes Gebäude mit einem kugelförmigen Dom von 12 Metern Durchmesser. Auf diesem Projekt lastet ein enormer Zeitdruck in bezug auf die Fertigstellung, weil die Anlage auf den 1. Februar 1997 betriebsbereit sein muss. Dies bedingt, dass Anfang August 1994 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

Zur Umnutzung des Artillerie- und Festungswerkes Hondrich: Die Artillerie- und Festungsanlage Hondrich bei Spiez ist heute nicht mehr in Betrieb, und es ist vorgesehen, sie neu als eine Munitionsspreng- und Messanlage zu nutzen, denn die Herstellung immer komplexerer Munitionen bedingt eine entsprechende Testinfrastruktur. Aus Sicherheits- und Umweltschutzgründen müssen jedoch Versuche im Freien oder in offenen Anlagen vermieden werden. Auf einen Neubau wurde aber aus Kostengründen verzichtet. Die Gruppe für Rüstungsdienste hat deshalb verschiedene Standorte geprüft, die für eine solche Anlage in Frage kommen. Dabei stellte sich heraus, dass die Festungsanlage Hondrich alle Anforderungen in bezug auf den Standort und die Eignung für eine Umnutzung in eine Munitionsspreng- und Messanlage besonders gut erfüllt.

Dieses Vorhaben hat von Anfang an lebhafte Widerstände bei den Gemeindebehörden und in der Bevölkerung ausgelöst. Zwischen den betroffenen Stellen fand ein reger Briefwechsel statt. Darin wurden Bedenken geäussert in bezug auf die Sicherheit der Anlage, die sich in einer Wohnzone befindet, in bezug auf die Zufahrtsstrasse und auf einen allfälligen späteren Ausbau ohne das Einvernehmen der Betroffenen. Die Kommission hat deshalb anlässlich ihrer Objektbesichtigung den Gemeindepräsidenten von Spiez sowie einen Vertreter der Anwohnerschaft angehört. Aus diesen Gesprächen ging hervor, dass die einheimische Bevölkerung vor allem befürchtet, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Aus diesem

Grunde verlangen die Gemeindebehörden die Einsetzung einer Aufsichtskommission. Aufgrund der verschiedenen Informationen von Seiten der Verwaltung hat sich die Kommission dafür eingesetzt, dass zwischen den verschiedenen Stellen ein echter Dialog zustande kommt. Sie ist überzeugt, dass dadurch ein Klima des echten Vertrauens geschaffen wird und die verschiedenen noch offenen Fragen geklärt werden können. Hier ist auch klarzustellen, dass die Versuche in dieser Anlage nur mit beschränkten Munitionsmengen – weniger als 100 Kilogramm pro Woche – und unter optimalen Sicherheitsbedingungen durchgeführt werden.

Bauten für die Ausbildung: Von den Verpflichtungskrediten für die Bauten für die Ausbildung entfällt der grösste Teil auf die Verbesserung bzw. den Ausbau der Schiessplätze in Hinterrhein (15 Millionen Franken), in Brigels (22,77 Millionen Franken) sowie auf die Vergrösserung des Waffenplatzes in Frauenfeld (17 Millionen Franken). Ziel dieser drei Vorhaben ist es, die bestehenden Infrastrukturen an die neuen Waffensysteme anzupassen. Die drei Vorhaben entsprechen dem Ausbildungskonzept der «Armee 95», die sich u. a. zum Ziel setzt, der Truppe eine Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, die effizientes, rationelles Arbeiten ermöglicht. Was die Schiessplätze Brigels und Hinterrhein anbelangt, muss betont werden, dass verschiedene Massnahmen getroffen werden, um die Umweltbelastung möglichst gering zu halten und eine harmonische Beziehung zwischen dem Militär und der Zivilbevölkerung zu ermöglichen.

Die Sanierung von Truppenunterkünften, für die ein Sammelkredit von 15 Millionen Franken beantragt wird, gehört zum Massnahmenpaket, mit dem die bestehenden Anlagen den heutigen Lebensformen angepasst werden sollen. Derartige Investitionen wurden bis anhin allzuoft vernachlässigt, was dazu geführt hat, dass die Truppen heute oft in Räumlichkeiten untergebracht sind, die unter anderem bei den Kucheneinrichtungen und sanitären Anlagen den heutigen Mindestanforderungen kaum mehr genügen.

Schlussfolgerungen: Mit dem vorliegenden Bundesbeschluss werden Verpflichtungskredite von insgesamt 195,48 Millionen Franken beantragt. Damit kann auf dem Gebiet der Infrastrukturbauten den Mindestbedürfnissen unserer Armee entsprochen werden. Das Eidgenössische Militärdepartement hat in den letzten Jahren beträchtliche Anstrengungen unternommen, um die Militärausgaben einzuschränken. Heute ist die untere Limite erreicht, und es ist wichtig, dass die Trendwende, die dieses Jahr im Bereich der militärischen Bauten eingeleitet worden ist, in Zukunft bestätigt wird. Der «Armee 95» könnte somit eine Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden, die es ihr ermöglicht, den Auftrag zu erfüllen, den ihr das Parlament gegeben hat.

Die Sicherheitspolitische Kommission beantragt Ihnen deshalb, einzutreten und dem Entwurf zum Bundesbeschluss über militärische Bauten (Bauprogramm 1994) zuzustimmen.

Sandoz Suzette (L, VD), rapporteur: C'est à l'unanimité que votre commission vous propose d'entrer en matière sur l'arrêté fédéral concernant les ouvrages militaires.

La justification du crédit d'engagement de 195,48 millions de francs a fait l'objet de l'étude attentive de votre commission qui s'est scindée en cinq sous-commissions, chargée chacune d'analyser une partie des crédits demandés et des travaux envisagés. Chaque sous-commission s'est donc rendue sur les lieux et a rapporté ses remarques et conclusions. La décision de la commission est ainsi le fruit de la synthèse des observations des cinq sous-commissions.

Des discussions en commission, il convient de mettre en évidence deux constatations générales et quatre remarques de détail.

Les constatations générales d'abord: on relèvera l'attention particulière que le Département militaire fédéral voue à la protection de l'environnement. Celle-ci joue un rôle dans chacun de ses projets. On signalera en particulier le simulateur de Payerne, dont le toit sera muni de cellules photovoltaïques, contribution onéreuse, mais efficace, à la protection de l'environnement, ainsi que les mesures de protection contre le bruit, tout particulièrement à Payerne.

Ensuite, comme les présents crédits ne touchent que la Suisse romande et la Suisse alémanique, la commission s'est préoccupée du Tessin. Elle a ainsi pu vérifier que l'égalité était respectée entre les régions linguistiques. En effet, 97 millions de francs ont été investis au Tessin entre 1990 et 1993, et des constructions d'un montant de 18 millions de francs sont projetées en 1997 à Airolo et à Monte Ceneri.

Les quatre remarques de détail:

1. Un crédit de 300 000 francs est prévu à Payerne pour des mesures de compensation écologique. La commission a obtenu l'assurance que ce montant ne servirait pas à payer des subventions aux agriculteurs, au sens de l'article 31b de la loi sur l'agriculture, ni à financer les aménagements nécessaires autour de l'autoroute. L'une et l'autre dépense ne sauraient incomber au Département militaire fédéral. C'est en échange de ces assurances que la sous-commission 1 a renoncé à demander la suppression de ce montant.

2. En ce qui concerne la construction d'une halle de réparation à Sarnen et l'adaptation d'immeubles à Rümlang, l'attention du Département militaire fédéral a été attirée par la sous-commission 2 sur la nécessité d'utiliser plus de bois pour la construction. Quelques réserves ont été formulées également par un membre de ladite sous-commission au sujet des places de parc privées prévues.

3. La sous-commission 4 a souligné que la population de Brigels vit des activités de l'armée.

4. Enfin, la sous-commission 3 a informé le chef du Département militaire fédéral des craintes des autorités et de la population de Spiez en relation avec la transformation du fortin d'artillerie de Hondrich. On redoute un éventuel accroissement du trafic, dans l'hypothèse où un agrandissement serait prévu en rapport avec une transformation juridique de l'exploitation. M. Villiger a pu rassurer la sous-commission en déclarant qu'aucune modification de cette nature n'était prévue ni non plus un agrandissement. De surcroît, une commission consultative sera mise sur pied, composée de représentants des autorités communales et des riverains, afin d'assurer une bonne information. Ces déclarations ont satisfait la sous-commission 3. Ainsi, après une discussion nourrie, la commission a pu être à même de voter les crédits demandés par 18 voix sans opposition et avec 2 abstentions.

Grossenbacher Ruth (C, SO): Mit dem Bauprogramm 1994 werden Verpflichtungskredite in der Höhe von 195,48 Millionen Franken beantragt. Unter Berücksichtigung der Lage der Bundesfinanzen können nur die allernotwendigsten Bauvorhaben in Angriff genommen werden. Deshalb mussten – wie das immer der Fall ist, wenn gespart werden muss – Prioritäten gesetzt werden.

An erster Stelle stehen die Bauten für die Ausbildung. 47 Prozent des Gesamtbetrages werden in die Verbesserung der Ausbildungsbauten investiert; das ist richtig und gut. Da die «Armee 95» bekanntlich einen reduzierten Personalbestand haben wird und dazu noch die Ausbildungszeit verkürzt wird, muss schliesslich im Gegenzug dazu die Ausbildung optimiert werden.

In der Armee, wie ja auch in der Wirtschaft und an den Schulen, soll die Ausbildung mit der technischen Entwicklung Schritt halten. Deshalb sind zum Beispiel die Anpassungen an den Ausbildungsanlagen auf dem Fliegerabwehrschiesssplatz Brigels und auf dem Panzerschiesssplatz Hinterrhein eine Notwendigkeit, ebenso der Bau eines Simulatorgebäudes für die Ausbildung der Piloten des neuen Kampfflugzeuges F/A-18 auf dem Flugplatz Payerne. Durch den Simulator wird zudem Fluglärm vermieden und Energie gespart.

Die militärische Ausbildung hat nicht nur eine technische Seite. Ebensovichtig für die Truppe ist die Unterkunft, welche aber nicht luxuriös sein muss. Kasernen in unserem Land sollen keine 5-Stern-Hotels sein; ebenso verfehlt wäre es jedoch, wenn wir den Angehörigen der Armee weiterhin feuergefährliche Notunterkunftskasernen anbieten würden. Deshalb ist es nicht mehr als recht, mit einem Sammelkredit von 15 Millionen Franken diese veralteten Unterkünfte zu sanieren.

Noch ein Wort zu den Sanierungen der Gebäulichkeiten auf den Ausbildungsplätzen. Diese sind dringend nötig; denn es

geht nicht an, dass EMD-Pachtbetriebe dem Tierschutzgesetz und dem Gewässerschutzgesetz nicht genügen, wie dies an einigen Orten der Fall ist.

Nur noch soviel – weil ich weiss, dass Sie alle gespannt auf das Sitzungsende warten –: Die geplanten Bauten, auch jene für die Logistik und für die Rüstungstechnik, halten den ökologischen Anforderungen stand. Wir begrüßen es auch, dass in Payerne für 300 000 Franken ökologische Ausgleichsmassnahmen – Hecken usw., die man um das Gebäude herum pflanzt – vorgesehen werden und dass dieser Betrag festgelegt ist.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der CVP-Fraktion, einzutreten und dem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Bischof Hardi (D, ZH): Mit dem Bauprogramm 1994 beantragt der Bundesrat Verpflichtungskredite in der Höhe von rund 195,5 Millionen Franken. Finanziell bewegen sich die Kredite in der Höhe früherer Jahre. Der Anteil Bauten an den gesamten militärischen Investitionen hat sich seit 1989 stark vermindert. Die Gesamtsumme für Bauinvestitionen pro Jahr ist im Zeitraum von 1989 bis 1993 von 525 Millionen Franken auf 213 Millionen Franken gesunken. Dies ist auch auf eine direkte Folge der mehrfach gekürzten Zahlungskredite.

Obwohl in diesem Bauprogramm nicht alle Vorhaben realisiert werden konnten, da dies der finanzielle Rahmen nicht zuliesse – hierfür müssten etwa 300 Millionen Franken aufgewendet werden –, wurden doch die wichtigsten und notwendigsten Bauten berücksichtigt. In den letzten Jahren wurden militärische Neubauten nur noch erstellt, wenn bestehende Anlagen nicht angepasst werden konnten. Auch wenn man die Armee stark verkleinert, wird sie weiterhin Baubedürfnisse haben. Die bestehenden baulichen Infrastrukturen, zum Beispiel in den Bereichen Kampf, Führung und Ausbildung, sind heute in vielen Fällen überaltert und deshalb nur noch beschränkt verwendbar.

Schwerpunkte des Bauprogramms 1994 sind: sieben Kreditanträge für neue Projekte, ein Kreditantrag für den Erwerb einer Liegenschaft, vier Sammelkredite für die Werterhaltung der Führungsinfrastruktur und der Kampfbauten, die Sanierung von Truppenunterkünften, die Sanierung von Pachtgütern auf Waffen- und Schiessplätzen. Dazu kommen Zusatzkredite für teuerungsbedingte Mehrkosten zu früher bewilligten Bauvorhaben.

Das Schwergewicht bilden mit 92,5 Millionen Franken die Bauten für die Ausbildung. Für unsere Fraktion ist es erfreulich, dass sich der Bundesrat endlich für die Unterkünfte der Soldaten stark gemacht hat. 15 Millionen Franken werden in Truppenunterkünften investiert. Obwohl noch ein riesiger Nachholbedarf für Sanierungen von Kasernenunterkünften besteht, werden mit diesem Betrag erst die wichtigsten Schritte eingeleitet.

Ein wichtiger Punkt für unsere Fraktion – nicht nur für die Grünen! – sind ökologische Massnahmen, die bei diesem Bauvorhaben auch zum Tragen kommen. Das EMD hat sich mit den Umweltproblemen auseinandergesetzt und die Ergebnisse, zu denen es gelangt ist, in die Projekte einfließen lassen. Damit steht das EMD zu seinen Zusicherungen in bezug auf die Umweltschutzgesetzgebung und vollzieht sie auch vorbildlich. Allein in den letzten vier Jahren wurden über 60 Millionen Franken in Gewässerschutz, Luftreinhaltung, Umweltverträglichkeit, Natur- und Landschaftsschutz investiert.

Auch im Bereich der Landwirtschaft wurden Anstrengungen unternommen, damit die Bundesgesetzgebung vollzogen werden kann. So werden zum Beispiel landwirtschaftliche Gebäude saniert, die auf Ausbildungsplätzen stehen. EMD-Pachtbetriebe werden nach Bundesgesetzgebung unterhalten. Ställe, Mistplätze und auch Jauchegruben werden der neuen Tierschutzgesetzgebung angepasst.

Unsere Kommission konnte sich – mit Hilfe von Subkommissionen – über die einzelnen Projekte an Ort und Stelle orientieren lassen. So wurde dann der Entwurf zum Bundesbeschluss über militärische Bauten mit 18 zu 0 Stimmen gutgeheissen.

Die SD/Lega-Fraktion beantragt Ihnen ebenfalls Eintreten und Zustimmung.

Hess Otto (V, TG): In Anbetracht dessen, dass das Bauprogramm 1994 nicht bestritten ist und dass am heutigen letzten Sessionstag ohnehin Aufbruchstimmung herrscht, möchte ich den Standpunkt der SVP-Fraktion in aller Kürze vortragen. Die SVP-Fraktion steht nach wie vor für die bewaffnete Neutralität ein, weil sie überzeugt ist, dass diese einen wichtigen Pfeiler unseres freiheitlichen, unabhängigen Staatswesens bildet. Damit diese Forderung nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt, setzt sich die SVP-Fraktion für eine glaubwürdige Armee ein: für eine Armee, die aufgrund ihrer Bewaffnung und Ausbildung den Namen «Armee» auch wirklich verdient und die im Ernstfall überhaupt in der Lage wäre, ihre wichtigste Aufgabe, die Verteidigung unseres Territoriums, zu erfüllen. Vor allem soll die Armee mit ihrer dissuasiven Wirkung einen wesentlichen Beitrag zur Kriegsverhinderung in unserem Land leisten.

Mit der «Armee 95» wird die Armee zahlenmässig verkleinert. Dadurch wird bauliche Infrastruktur frei, die umgenutzt und deshalb sinnvollerweise den Bedürfnissen der neuen Armee angepasst werden muss. Weil mit dem Konzept «Armee 95» auch die Ausbildungszeit der Armeeangehörigen verkürzt wird, ist es notwendig, dass die Effizienz der Ausbildung verbessert werden kann: damit die Armeeangehörigen bei kürzerer Dienstzeit den erhöhten Anforderungen einer zunehmend technisierten Armee gewachsen sind.

Das Schwergewicht des diesjährigen Bauprogramms liegt wiederum bei den Ausbildungsanlagen, Truppenunterkünfte eingeschlossen, was wir als richtig beurteilen. Dies entspricht der kontinuierlichen Fortführung der Strategie mit dem Ziel, die Ausbildung verstärkt zu rationalisieren – die Strategie ist nach dem Ende des kalten Krieges mit der «Armee 95» eingeleitet worden. Diese Strategie ist aus unserer Sicht aber auch zu begrüßen, weil künftig vermehrt Truppenkurse auf Waffenplätzen durchgeführt werden müssen.

Die SVP-Fraktion erachtet es als richtig und wichtig, dass 1994 nach dem Mini-Bauprogramm 1993 wieder ein normales Bauprogramm beschlossen wird. Mit der vorliegenden Botschaft werden Verpflichtungskredite von insgesamt 195,48 Millionen Franken beantragt.

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und stimmt dem Bauprogramm 1994 ohne Vorbehalte zu, weil es sich um ausgewiesene Bedürfnisse unserer Armee handelt. Ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

Tschäppät Alexander (S, BE): Anhand des Geschäftes «Spiez; Umnutzung des Artillerie- und Festungswerks Hondrich in eine Munitionsspreng- und Messanlage» (Ziff. 241) möchte ich namens der sozialdemokratischen Fraktion auf zwei für uns wichtige Aspekte näher eingehen: erstens auf die Problematik, was geschieht, wenn das EMD eine Anlage baut, die auch ein Privater erstellen und betreiben könnte; zweitens auf die Frage der Mitwirkung und der Mitsprache der unmittelbar betroffenen Bevölkerung.

Die Anlage Hondrich wird vom EMD erstellt, was zur Folge hat, dass gewisse Bau- und Raumplanungsvorschriften dieses Gebietes nicht beachtet werden müssen. Würde ein Privater eine solche Anlage erstellen – gerade die Anlage Hondrich würde sich dazu sicher eignen –, könnte er sie nur im Rahmen der geltenden Bau- und Zonenordnung bauen. Einsprache und Mitsprache der Bevölkerung wären somit sichergestellt.

Hier liegt für unsere Fraktion der erste Ansatzpunkt: Wir verlangen, dass das EMD dort, wo es eine Baute erstellt und als Bauherr jederzeit durch einen Privaten ersetzt werden könnte – was in Hondrich der Fall ist –, die Bau- und Zonenordnung der Gemeinde und damit insbesondere auch die Mitsprachemöglichkeit der Bevölkerung freiwillig respektiert. Uns scheint das dort besonders wichtig zu sein, wo die Möglichkeit besteht, dass eine Anlage durch eine Privatisierung an einen privaten Betreiber übergehen und dieser so unter erleichterten Umständen zu einer Anlage kommen könnte, indem er das mühsame Baubewilligungsverfahren nicht über sich ergehen lassen müsste. Wie gesagt, Hondrich ist ein solcher Fall. Eine Teilprivatisierung der Munitionsproduktion und der damit verbundenen Tests ist ohne weiteres denkbar und wird offenbar in verschiedenen Kreisen ernsthaft diskutiert.

Zur konkreten Situation: Die Festung und die Strasse in Hondrich waren früher da als die Siedlung. Von daher ist es sicher verständlich und angebracht, dem EMD eine gewisse Priorität einzuräumen. Trotzdem muss man das Unbehagen in der Bevölkerung verstehen. Es gibt dort eine sehr steile Strasse, bis zu 19 Prozent Steigung; sie hat kein Trottoir und führt mitten durch das Wohngebiet. Gewisse Munitionstransporte werden bei dieser Art Anlage unvermeidlich sein. Es ist selten, dass wir das EMD loben können; im Falle Hondrich jedoch kann man sagen, es habe die Bevölkerung und die Behörden in lobenswerter Art und Weise rechtzeitig orientiert und mindestens versucht, sie mit einzubeziehen. Teilweise sind denn die vorgebrachten Anliegen auch mit berücksichtigt worden.

Das mag wohl auch ein Grund dafür sein, dass sehr viele der Bewohnerinnen und Bewohner, die ursprünglich erbittert gegen das Vorhaben auftraten, heute – mindestens knurrend – bereit sind, es zu akzeptieren. Zurückzuführen ist dies sicher darauf, dass Bundesrat Villiger in der Kommission ausdrücklich zugesichert hat, in Hondrich werde keine Kapazitätserweiterung erfolgen, und damit einer Verängstigung entgegen gewirkt hat, die in der Bevölkerung aus verständlichen Gründen immer wieder zum Ausdruck gekommen ist: Die Anlage ist so gross, dass Erweiterungen denkbar wären.

Ich bitte Herrn Bundesrat Villiger, zuhänden des Protokolls und der Geschichte – um die Formulierung von Bundesrat Ogi zu gebrauchen – auch hier im Rat für die verunsicherte Bevölkerung diese Zusicherung abzugeben. Eine solche Zusicherung scheint mir nötig zu sein, nachdem vom EMD effektiv versucht wurde, die Bevölkerung bei dieser Anlage mit einzubeziehen.

Die Planung Hondrich hat aber auch deutlich gezeigt, wo die Probleme im Zusammenhang mit den Mitspracherechten und -möglichkeiten der Bevölkerung liegen. Bei einer privaten Baute ist diese Mitsprache durch die Bau-, Raum- und Zonenordnung der jeweiligen Gemeinde sichergestellt. Bei militärischen Bauten trifft das nur sehr beschränkt zu, selbst wenn es sich um eine quasiprivat Anlage handelt. Wenn auch in Hondrich von seiten des EMD sehr offen und ehrlich orientiert worden ist, bleibt gleichwohl festzuhalten, dass dieser Miteinbezug freiwillig war und für künftige Projekte in keiner Art und Weise sichergestellt ist. Daher sind wir froh, dass Bundesrat Villiger zuhänden der Behörden eine Zusicherung abgegeben hat, in der er eine Art konsultatives Informationsgremium in Aussicht stellte – nicht das, was wir uns als Endziel wünschen, aber sicher ein Schritt in die richtige Richtung!

Die SP-Fraktion ist nicht gegen die Umnutzung der Festung Hondrich. Uns scheint die Planung seriös, der Standort vertretbar zu sein. Ich bitte aber Bundesrat Villiger, im Interesse der Glaubwürdigkeit des EMD und vor allem zur Beruhigung der Bevölkerung zuhänden des Protokolls ausdrücklich zuzusichern, dass keine Kapazitätserweiterungen vorgesehen sind und dass bei einer allfälligen Nutzungsänderung Bevölkerung und Gemeindebehörden mit einbezogen werden.

Ich wäre sehr dankbar, wenn Bundesrat Villiger diese Zugeständnisse machen könnte.

Präsidentin: Die LdU/EVP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie für Eintreten ist und der Vorlage zustimmt. Dasselbe teilen die FDP-Fraktion und die liberale Fraktion mit.

Villiger Kaspar, Bundesrat: Ich möchte Ihnen zuerst für die gute Aufnahme dieses Bauprogramms danken. Nachdem ihm kein Widerstand erwachsen ist, kann ich die Sache relativ summarisch und kurz machen.

Es handelt sich um ein etwas grösseres Bauprogramm als letztes Jahr. Wir haben letztes Jahr ein sehr kleines gehabt, um das Verhältnis zwischen Zahlungs- und Verpflichtungskrediten wieder in ein normales Verhältnis zu bringen; das war nötig geworden, weil unsere Zahlungskredite durch die Kürzungen bei unserem Budget immer kleiner geworden sind. Nun können wir wieder ein einigermaßen normales Bauprogramm vorlegen. Ich muss Ihnen aber sagen, dass die Zahlungskredite heute auf einem Niveau liegen, das es nicht mehr erlaubt, alle nötigen Vorhaben zu realisieren; ich befürchte, dass wir gelegentlich in einen Projektstau kommen, der schwierig ab-

zubauen sein dürfte. Gemäss unseren jüngsten Prioritäten liegt das Schwergewicht auf den Ausbildungsbauten. Wegen des neuen Kampfflugzeugs nehmen aber auch die Logistikbauten einen hohen Stellenwert ein. Ihre Kommissionssprecher haben die Vorhaben im Detail geschildert, so dass ich darauf nicht mehr eingehen will.

Vielleicht nur noch zu den Folgebauten für das Kampfflugzeug F/A-18: Wir setzen alles daran, dass wir mit den in Aussicht gestellten 250 Millionen Franken durchkommen. Das haben wir so versprochen; wir fühlen uns daran gebunden, obwohl es sich zeigt, dass dieser Rahmen sehr eng ist – aber es muss gehen. Es sind 62 Millionen Franken als erste Tranche vorgesehen. Wir werden in einer ersten Dringlichkeit die Infrastruktur für Wartung und Einsatz in Payerne in Angriff nehmen, weil dort eine wichtige Ausbildungs- und Einsatzbasis für den F/A-18 sein wird. Wir setzen unsere Anstrengungen fort, die Umwelt zu entlasten, indem wir möglichst vom Simulator Gebrauch machen. Zusammen mit der Ausmusterung der Hunter sollte für die Anwohner eine Entlastung und Erleichterung realisierbar sein. Die Kosten des Simulators waren im Rüstungsprogramm enthalten.

Wir führen auch unsere Politik der Verbesserung der Ausbildungsbauten und der Unterkünfte weiter. In der «Armee 95» wird die Ausbildung einen ganz zentralen Stellenwert haben und damit auch in Zukunft Investitionen erfordern – das muss ich Ihnen jetzt schon sagen.

Noch ein Wort zu den Pachtbetrieben. Hier ist die angemessene Erneuerung der Bausubstanz nötig. Wir haben schon 1990 einen ersten Kredit gesprochen. Wir schlagen Ihnen jetzt einen Sammelkredit von 7 Millionen Franken vor. Es geht im wesentlichen darum, die Bundesgesetzgebung bei den bestehenden Betrieben zu vollziehen: Ich glaube, dass sich der Bund als Grundeigentümer selber nicht von der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften dispensieren darf. Wir haben den ursprünglich vorgesehenen Kredit im Bundesrat noch gesenkt, um Druck auszuüben, damit kostengünstig gebaut wird. Wir beabsichtigen, die Normen der kantonalen Fachstellen anzuwenden, die auch für die Subventionierung landwirtschaftlicher Gebäude gelten.

Ich komme kurz auf das Artillerie- und Festungswerk Hondrich in Spiez – Umnutzung in eine Munitionsspreng- und Messanlage – zu sprechen: Das hat, wie Herr Tschäppät gesagt hat, politisch Staub aufgewirbelt. Es war ja ursprünglich vorgesehen, für den gleichen Zweck einen teuren Neubau – 30 oder 40 Millionen Franken – zu erstellen. Wir haben dann diese Planung eingestellt, weil wir uns im heutigen finanziellen Umfeld diesen Luxus nicht leisten können. Wir haben nach einer Alternative gesucht, und nachdem gewisse Festungswerke nicht mehr verwendet werden können, lag es nahe zu prüfen, ob die Lösung in einem solchen bestehenden Werk gefunden werden könnte. Das war dann auch der Fall. «Hondrich» ist eine kostengünstige, optimale Lösung. Irgendwelche Risiken für die Anwohner bestehen nicht.

Während der Bauzeit gibt es immer gewisse Unannehmlichkeiten, das hat Herr Tschäppät erwähnt. Wir haben auch entsprechende Massnahmen getroffen. Ich habe Verständnis dafür, dass in einem solchen Fall manchmal auch sozusagen mythische Ängste zum Vorschein kommen und bei den Anwohnern Bedenken auftauchen. Wir haben versucht, die Behörden und die Anwohner durch eine offene Informationspolitik davon zu überzeugen, dass keine nennenswerten Risiken vorhanden sind.

Es bestanden auch Bedenken, das EMD könnte die Festung klammheimlich umnutzen oder auch die Kapazität erweitern. Wir haben diese Absicht nicht. Ich kann das klar sagen: Es ist keine Kapazitätserweiterung oder heimliche Umnutzung vorgesehen. Es ist auch verständlich, dass ich mich nicht auf dreissig oder vierzig Jahre festlegen kann. Wir haben jedoch dem Gemeinderat versprochen, und wir werden uns daranhalten, dass allfällige Veränderungen – Änderungen bei der Trägerschaft, spätere Umnutzungen – auch später nur mit Zustimmung der Gemeinde vorgenommen werden.

Herr Tschäppät hat die Frage aufgeworfen, ob man in solchen Fällen, vom EMD aus nicht den zivilen Bewilligungsweg gehen sollte. Sie wissen, dass das Volk einen in diese Richtung gehen-

den Vorstoss, die Waffenplatz-Initiative, ausdrücklich abgelehnt hat. Wir haben aber damals versprochen, dass wir ein ziviles Verfahren einführen werden. Das ist jetzt im Gespräch; es wird in der Sicherheitspolitischen Kommission Ihres Rates in einer der nächsten Sitzungen behandelt. Wir wollen dieses Versprechen also einhalten. Aber ich glaube, wir haben durch die Information und durch das Gespräch – obwohl diesbezüglich gesetzlich nichts vorgeschrieben ist – Konzessionen gemacht. Wir haben auch eine Kommission gebildet, welche in der Bau- und Betriebsphase ein Informationsrecht, aber auch ein angemessenes Mitwirkungs-, ein Mitspracherecht hat. In dieser Kommission sind Anwohner und Gemeinde vertreten. Ich meine, dass das auch ein Schritt ist, der vertrauensbildend wirken sollte.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass bei den Folgebauten im Zusammenhang mit dem F/A-18, beim Flab-Schiessplatz Brigels und beim Panzerschiessplatz Hinterrein Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt worden sind. Es ist gelungen, die Anträge der Fachstellen angemessen zu berücksichtigen, so dass man diese Vorhaben trotz der Zielkonflikte zwischen Nutzung und Umweltschutz, die es immer geben wird, durchaus als umweltverträglich bezeichnen darf.

Letzte Bemerkung: Der Vollzug der Umweltschutzgesetzgebung kostet das EMD jährlich beträchtliche Summen. Sie sind in den letzten Jahren angestiegen: Allein dafür sind in den vergangenen vier Jahren 60 Millionen Franken aufgewendet worden. Ich bitte Sie, auf dieses Bauprogramm einzutreten und den Bauvorhaben zuzustimmen.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Namentliche GesamtAbstimmung

Vote sur l'ensemble, par appel nominal

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Bonny, Borradori, Bühler Simeon, Bühler Gerold, Bürgi, Caccia, Camponovo, Cavadini Adriano, Chevallaz, Comby, Couchepin, Daepf, Danuser, Darbellay, David, Deiss, Dettling, Diener, Dormann, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Engler, Epiney, Fasel, Fehr, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Walter, Friderici Charles, Früh, Gobet, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Hafner Rudolf, Hari, Heberlein, Hess Otto, Hildbrand, Iten Joseph, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Kern, Kühne, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maeder, Maitre, Mamie, Mauch Rolf, Maurer, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Miesch, Müller, Nabholz, Narbel, Nebiker, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Poncet, Raggenbass, Rebeaud, Rohrbasser, Ruckstuhl, Rutishauser, Sandoz, Savary, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Schwab, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Steiner Rudolf, Stucky, Theubet, Tschäppät Alexander, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Weyeneth, Wick, Wittenwiler, Wyss Paul, Wyss William, Zwahlen, Zwygart (116)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Bodenmann, von Felten, Goll, Rechsteiner, Spielmann, Steiger Hans, Zisyadis (7)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Bär, Baumann, Bäuml, Béguelin, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Carobbio, Caspar-Hutter, Fankhauser, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Herczog, Hollenstein, Leemann, Leuenberger Moritz, Misteli, Ruffy, Strahm Rudolf, Thür, Vollmer, Weder Hansjürg, Zbinden (25)

Abwesend sind – Sont absents:

Bezzola, Blocher, Borel François, Borer Roland, Bortoluzzi, Bundi, Cincera, Columberg, de Dardel, Dreher, Ducret, Eggly, Eymann Christoph, Fischer-Hägglingen, Frey Claude, Fritschi Oscar, Giezendanner, Giger, Gonseth, Gysin, Hegetschweiler, Hess Peter, Hubacher, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber, Marti Werner, Maspoli, Matthey, Mauch Ursula, Moser, Mühlemann, Neuenschwander, Pidoux, Pini, Reimann Maximilian, Robert, Ruf, Rychen, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Schmied Walter, Spoerry, Stalder, Steinegger, Suter, Wiederkehr, Ziegler Jean, Züger (15)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:

Haller (1)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Petitionen – Pétitions

94.2007

Pétition Interessengemeinschaft für die Förderung und Erhaltung der Fischerei (IGF) Gegen die Kormoraninvasion

Pétition Interessengemeinschaft für die Förderung und Erhaltung der Fischerei (IGF) Contre l'invasion des cormorans

Haering Binder Barbara (S, ZH) unterbreitet im Namen der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Am 3. November 1993 hat die Interessengemeinschaft für die Förderung und Erhaltung der Fischerei (IGF) eine Petition mit rund 9000 Unterschriften eingereicht. Die Schweizer Fischer «sind nicht mehr gewillt, die nachhaltigen Schädigungen der einheimischen Fischpopulation durch fremde Zugvögel untätig hinzunehmen». Sie berufen sich auf das Bundesgesetz über die Fischerei und auf die Tierschutzgesetzgebung und fordern «nun endlich Taten», nämlich Massnahmen im Interesse des Artenschutzes der Fische und Konzepte zur Bestandesregulierung der Kormorane.

2. Die Kommission hat das EDI um eine Stellungnahme zum aktuellen Forschungsstand ersucht, beschäftigt sich doch eine vom Buwal eingesetzte Arbeitsgruppe «Kormoran und Fischerei», in welcher Vertreter von Fischerei, Vogelschutz, Forschung und Verwaltung mitarbeiten, seit Jahren mit dem Einfluss des Kormoranfrasses auf die Fischbestände. Ein Grundlagenbericht zum Thema «Kormoran und Fische» wurde im Dezember 1992 vorgelegt.

In ihrer Antwort vom 13. Januar 1994 führt die Departementsvorsteherin aus, dass die Petition keinen Anlass gebe, um in dieser Frage zusätzliche Schritte zu unternehmen. Die auf nationaler und internationaler Ebene laufenden Abklärungen und die ergriffenen Lösungsansätze müssten weitergeführt

Militärische Bauten (Bauprogramm 1994)

Ouvrages militaires (Programme de constructions 1994)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.031
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.06.1994 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1156-1160
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 158

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.